Nummer 94 — 30. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsre kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis ℳ 2.80 einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰, Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Debenk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, den 23. April 1931
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.50 ℳ. Belegex. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungert, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21002. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 41719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20111 und 21012.

Abschluß des Volksbegehrens

Die erforderliche Stimmenzahl erreicht — Der Volksentscheid aussichtslos

Das erwartete Ergebnis

Berlin, 22. April.

Die Frist für die Eintragung zum Volksbegehren des Stahlhelms „Auflösung des Preußischen Landtags" war gestern abend abgelaufen. Der Stahlhelm hat jetzt nach dem Gesetz acht Wochen Zeit, um die Listen zu sammeln und dem Landeswahlleiter einzureichen. Man darf aber annehmen, daß die Listen in wesentlich kürzerer Frist vorgelegt werden. **Bereits gestern nachmittag, nach dem Schluß der Eintragungsfrist, glaubte das Bundesamt des Stahlhelms mitteilen zu können, daß die für das Gelingen des Volksbegehrens erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen Stimmen (= 20 v. H. der Stimmberechtigten Preußens) erreicht worden sei.**

Man wird diese Mitteilung des Bundesamts des Stahlhelms, die selbstverständlich noch der Bestätigung bedarf, ruhig als Tatsache hinnehmen können. Wir haben bereits vor Einreichung des Volksbegehrens betont, daß die Annahme eines Volksbegehrens, das sämtliche Parteien der Rechten, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten umfaßt, von vornherein gesichert sei. Daß diese Parteien nicht einmal 20 v. H. der Stimmberechtigten zur Eintragung bringen würden, war von vornherein nicht anzunehmen. — Wie man hört, wird die Annahme des Volksbegehrens auch in den Kreisen der preußischen Regierung durchaus als der Erwartung entsprechend bezeichnet. Man weist in diesen Kreisen darauf hin, daß es politisch sehr unangenehm gewesen wäre, wenn etwa die Zahl der Eintragungen ganz knapp unter der erforderlichen Höhe geblieben wäre, weil dann selbstverständlich die Handhabung der Notverordnung durch die preußischen Behörden als entscheidendes Schuldmoment in der Propaganda der Rechten für lange Zeit eine wichtige Rolle gespielt haben würde.

Nach Annahme des Volksbegehrens dürfte es nunmehr zum Volksentscheid über die Auflösung des Preußischen Landtags kommen. Dieser Volksentscheid dürfte allerdings frühestens im August stattfinden. Das Verfahren nach Einreichung der Unterschriftslisten durch den Stahlhelm, die, wie gesagt, im Laufe der nächsten acht Wochen zu erfolgen hat, ist folgendes: Der Landeswahlleiter, dem das gesamte Material übergeben wird, nimmt eine Prüfung vor und übermittelt deren Ergebnis dem zuständigen preußischen Innenminister. Sind die für den Volksentscheid erforderlichen Eintragungen von 20 v. H. aller Stimmberechtigten in Preußen erreicht worden, dann hat die preußische Regierung im Landtag einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Auflösung des Landtages vorsieht. Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, dann folgt auf das Volksbegehren der Volksentscheid, bei dem sich mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten, also rund 13,2 Millionen, in geheimer Abstimmung mit Ja aussprechen müssen. **Es darf als völlig ausgeschlossen gelten, daß die hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien beim Volksentscheid diese Stimmenzahl aufbringen. Die Ablehnung des Volksentscheids ist von vornherein ebenso sicher, wie es die Annahme des Volksbegehrens von Anfang an war.**

*

Ueber die Stellung des Zentrums in dem Wahlkampf, der nach Beendigung des gegenwärtigen Preußischen Landtags einsetzen wird, schrieb die Kölnische Volkszeitung in einer ihrer letzten Nummern: „Mag das Volksbegehren ausfallen, wie es will, wir wissen, daß wir in zwölf Monaten spätestens um den Preußischen Landtag zu kämpfen haben werden. Wir werden diesen Kampf in voller Unabhängigkeit führen, aber zu jeder Stunde geleitet von dem unerbittlichen Willen, Abrechnung mit denen zu halten, die dem Rettungswerk Brünings nur Steine in den Weg wälzen. Nicht wir brauchen Antwort zu stehen, sondern die anderen werden uns Antwort zu stehen haben, Antwort für das, was sie durch ihre Zusammenbruchsstimmung zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beigetragen haben, Antwort für das, was sie an Verhetzung und Haßgefühlen und an Bolschewisierung des politischen Denkens dem deutschen Volke eingeimpft haben, Antwort für das, was sie sich an Mißbrauch des Nationalen und des Wollens der Jugend geleistet haben, Antwort für das, was sie an Illusionen und leidenschaftlichen Hoffnungen, von denen keine einzige in Erfüllung gehen kann, dem deutschen Volke vorgezaubert haben, Antwort für das, was sie an Knüppeln der Regierung zwischen die Beine geworfen haben."

Urteile der Berliner Presse

Berlin, 22. April. Zu dem Ergebnis des Volksbegehrens schreibt der „Vorwärts", daß selbst, wenn die Mindestziffer um einiges überschritten sein sollte, dies nach zweiwöchiger Agitation eine Niederlage sei. Der Volksentscheid werde die moralische Niederlage zu einer politischen machen. — Das „Tageblatt" bezeichnet es noch als ungewiß, ob die erforderliche Ziffer erreicht sei. — Die „Vossische Zeitung" sieht ebenfalls keinen politischen Erfolg in dem Erreichen der Mindestziffer. Die preußische Regierung könne mit diesem Ergebnis außerordentlich zufrieden sein.

Der „Börsencourier" meint, die Parteien, gegen die sich das Begehren richtet, hätten genügend Zuversicht erhalten, um die Neuwahlen durchzuführen. — Die „DAZ." hofft, daß der Landtag durch Selbstauflösung dem Willen eines so großen Teiles seiner Wähler Rechnung tragen wird. — Die „Börsenzeitung" bezeichnet das Erreichte als eine gewonnene Schlacht, die jedoch noch lange nicht den Gewinn des ganzen Feldzuges präjudiziere.

Abrüstungskonferenz erst 1933?

Frankreichs Querkreibereien

Genf, 22. April.

Der als gut unterrichtet bekannte Pariser Berichterstatter des „Journal de Geneve" meldet, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derartig ungünstige Wendung genommen, daß gegenwärtig nur noch versucht werde, nach außen den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbefristete Vertagung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Franzosen gemachten Schwierigkeiten vorbereitet. Damit sei jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen, sowie die Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigten, müsse die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.

London, 22. April.

Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian berichtet, sowohl in britischen als auch französischen amtlichen Kreisen hege man wenig Hoffnung, daß die Flottenverhandlungen in London zu einem erfolgreichen Ergebnis führen werden. In französischen amtlichen Kreisen sehe man der Möglichkeit ihres Scheiterns mit völligem Gleichmut entgegen und man frage sogar, weshalb England an der Angelegenheit interessiert sein sollte. Nichts, so bemerkt der Korrespondent, scheine diesen französischen Kreisen mehr Genugtuung zu bereiten, als eine Verschiebung der Abrüstungskonferenz „sine die". (Ohne Festsetzung eines neuen Termins.)

In einem Leitartikel führt Manchester Guardian dazu aus: Von den neuen Instruktionen des französischen Kabinetts an seine Flottensachverständigen in London hängt nicht nur das Flottenabkommen, sondern in großem Maße auch die Aussicht auf einen Erfolg der Abrüstungsbestrebungen ab. **Wenn nicht Frankreich in den allernächsten Tagen seine Haltung ändert, wird die Abrüstungskonferenz bei ihrem Zusammentritt im nächsten Jahr vielleicht einem neuen, bereits im Gang befindlichen Wettbewerb der Flottenrüstungen gegenüberstehen.** Auch die Hoffnung auf eine Beschränkung der Landrüstungen wird schwinden, wenn Frankreich auf seinen neuen Forderungen und einer sich daraus ergebenden Preisgabe des Flottenabkommens besteht. Das Blatt, das als Haupthindernis für die Abrüstung in Europa die übertriebene Furcht Frankreichs vor Deutschland bezeichnet, glaubt, die Sachverständigen der französischen Admiralität hätten ihren Willen nicht durchgesetzt, wenn nicht plötzlich die Panik wegen der österreichisch-deutschen Zollunion die Leidenschaften der französischen Nationalisten von neuem entfacht hätte.

Vor der Internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 22. April. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hatte sich bei der Wahl des nächstjährigen Tagungsortes der Internationalen Arbeitskonferenz zu befassen. Man kam überein, einen anderen Ort als Genf zu wählen, falls die Abrüstungskonferenz, die gleichzeitig mit der Internationalen Arbeitskonferenz abgehalten wird, in Genf tagen sollte. Verschiedene Städte haben bereits Einladungen an die Arbeitskonferenz gerichtet. Wenn die diesjährige Arbeitskonferenz, die im Mai stattfindet, die Verlegung der nächsten Konferenz beschließen sollte, kämen, wie es heißt, Wien oder Lyon in die engere Wahl. — Das Präsidium der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz wird wahrscheinlich Polen angeboten werden. Inzwischen hat aber auch Kanada, das auf der Konferenz durch den Arbeitsminister Sir Roberts vertreten sein wird, seine Kandidatur dafür angemeldet. Die Entscheidung liegt beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Er dürfte schon in den nächsten Tagen über diese Frage endgültigen Beschluß fassen.

Der politische Mord

Seine Bekämpfung durch die Notverordnung.

Wenn — was heutzutage trotz scharfer offizieller Verurteilung durch sämtliche Parteien zu den Erscheinungen des Alltags gehört — ein politischer Mord, ein politischer Totschlag, eine politische Körperverletzung mit Todeserfolg oder auch „nur" ein Ueberfall auf politisch Andersgläubige mit Wunden, Krankenlager, dauernder Gesundheitsstörung oder „nur" eine Notwehr-Ueberschreitung durch Schußwaffen-Gebrauch ohne Berechtigung und ohne gerechte Gründe begangen worden ist, so wird mit pupillarischer Sicherheit eine zweifache Reaktion ausgelöst.

Eine Gruppe, die mit der politischen Einstellung des Ermordeten sympathisiert, empört sich moralisch. Diese moralische Empörung münzt sie propagandistisch zur Anprangerung des politischen Gegners aus. „Die Folgen der Mordhetze", „Die Blutsaat geht auf", „Die Geister, die ich rief" usw. Eine zweite Gruppe, die politisch der Partei des Täters verwandt ist, pflegt im ersten Schreck die geschehene Blut- oder Gewalttat zu bedauern und moralisch zu verurteilen. Dann aber bemüht sich Gruppe zwei, die Oeffentlichkeit zu überzeugen, daß man denn doch „die Umstände berücksichtigen" müsse. Und von dieser vorwurfsvoll und weise vorgebrachten Entschuldigung braucht es nur wenige Hüpf-Schritte bis zur versteckten Verherrlichung des Täters.

*

Im Deutschland von heute, dem durch Arbeitslosigkeit, moralische Verwilderung infolge Krieg und Kriegsfolgen, durch maßlose Verhetzung seitens der radikalen Parteien zerrissenen Schlachtfeld des Dreißigjährigen Krieges, tobt ein politischer Bandenkrieg, der kaum etwas Menschliches, geschweige denn etwas Vaterländisches mehr hat. Die Sturmtrupps der Radikalen — mögen sie nun S. A.'s oder Rollkommandos oder Rotfront-Sturm oder antifaschistische Garde heißen — sind der Mehrzahl nach besoldete Landsknechte. Wie die Landsknechte im Dreißigjährigen Kriege es waren. Aber da es heutzutage doch nicht möglich ist, von Beute-Machen zu leben, so führen die besoldeten Kampftrupps der radikalen Parteien zeitweilig Soldkämpfe gegen die Führer, die sie gerufen, die sie verhetzt, die sich aber bei jeder gefährlichen Situation stets im Hintergrund zu halten wußten.

Aus dem Landsknechts-Charakter dieser Söldner der radikalen Parteien resultiert auch ihre Wendigkeit. Wer Gerichtsprozesse wegen politischer Bluttaten auch nur oberflächlich verfolgt, wird seit Jahren festgestellt haben, daß das Hin- und Herfluten zwischen den Terror-Formationen von ganz Rechts und ganz Links recht lebhaft ist. Wie im Dreißigjährigen Krieg ein „Landsknechts-Fähnlein" sehr schnell zum bisher feindlichen Gegner überging, wenn drüben ein besserer Tarif-Vertrag angeboten oder wenn auch nur persönlicher Führer-Ehrgeiz gekränkt war, so fluktuieren auch heute die „Kämpfer", die Träger des Bandenstraßenkampfes, zwischen Nazis und Kozis und Kozis und Nazis hin und her.

*

Banden-Morde, Banden-Bluttaten sind zu bekämpfen, sind ausrottbar. Der Bekämpfung des poli-

Pressemonat April!

Wenn sich Bekannte mal wo treffen,
Geschwister, Onkel, Vettern, Neffen,
Gesprächsstoff darf nichts andres sein:
Der Pressemonat ganz allein!

Hier abtrennen!

Bestellschein zum Bezug der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 1, Pollerstraße 17

Unterzeichneter bestellt ab _____
die „Sächsische Volkszeitung"

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Straße, Hausnummer: _____

Der Bezugspreis ab Monat _____
folgt auf Postscheckkonto Dresden Nr. 2703